

So weit die Luftschlösser tragen

geschrieben von Helmut Kuntz | 13. Oktober 2016

Bild rechts: Screenshot aus dem weiter unten verlinkten Video: Vortrag von Prof. Kirstein

Worum geht es

Im Artikel von „Ruhrkultour“ [1] wird auf einen noch nicht emeritierten Professor hingewiesen, welcher sich traut, öffentlich sein Wissen zum Klima zu bekunden und darüber sogar ein Vortrags-Video gedreht hat, sowie auf einen Artikel von Peter Heller zu den Folgen des Klimavertrages.

Zuerst der Professor, Dr. Werner Kirstein: [1] ***Ist der Klimawandel menschengemacht?***

Ganz klar nein, sagt Prof. Dr. Werner Kirstein. Als Klimageograph kennt er die Daten der Klimaaufzeichnungen sehr genau. Und so weiß er auch, dass der Gehalt von CO2 in unserer Atmosphäre nicht nur einen historischen Tiefstand aufweist, welcher nahezu kritische Auswirkungen auf die Flora haben, sondern die Temperatur keinesfalls beeinträchtigt. Viel mehr ergeben die Daten, dass der Prozess genau umgekehrt ist. Der CO2-Gehalt passt sich an die Temperatur an. In seinem Vortrag zeigt Prof. Dr. Werner Kirstein auf, weshalb die Debatte um das Senken von CO2 ausschließlich politischen Zielen dient und keinesfalls der Umwelt, dem Weltklima oder den Menschen. Der Vortrag zeigt, dass Klimawissenschaft und Klimapolitik nichts miteinander zu tun haben.

Seine Information dazu hat er im folgenden Video veröffentlicht. Regelmäßigere EIKE-Leser kennen die Inhalte und einige der gezeigten Folien, , aber nicht jeder liest regelmäßig.

Prof Kirstein, Video Erdklima vs. Klimapolitik. Vorsichtshalber der Link dazu: https://youtu.be/EFDup0q_oJs

Nun zum Artikel von Peter Heller auf Achgut, in dem Folgen des Klimavertrages „Klimavertrag von Paris im Bundestag erreicht 100 % Zustimmung“ beschrieben sind:

Achgut, Peter Heller (Auszüge): [2] ***Ein Klimapräsident und großer Transformator für Deutschland***
Nachdem auch Bundesrat und schließlich das europäische Parlament zustimmten, gehört Deutschland nun zum Ensemble des großen Weltklimatheaters. Es ist nur noch nicht ganz klar, unter welchem Titel das Stück in die Geschichte eingeht. „Denn sie wissen nicht, was sie tun“ wäre ebenso passend wie „Viel Lärm um nichts“. Wenn es schlimm kommt, könnte es am Ende auch heißen „Die durch die Hölle gehen“. Denn sollten unsere Parlamentarier und unsere Regierung das Abkommen wirklich ernst nehmen, stünde Deutschland ein Sturz in den Abgrund bevor.

Die durch die Hölle gehen

Obwohl das Abkommen am Ende vielleicht nur ein Thema für die UNO bietet, mit dem sie ihre Existenz trotz jahrzehntelangem Versagens in ihrer eigentlichen Aufgabe, der Verhinderung von Kriegen, rechtfertigen kann, obwohl es vielleicht nur als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Diplomaten, Schlagzeilenlieferant für Medien und Geldquelle für mitunter dubiose Klimaforschungsinstitute und Klima-Denkfabriken taugt, kann man angesichts der Einigkeit der im Bundestag vertretenen Parteien in dieser Frage für Deutschland Schlimmeres erwarten.

Schließlich eignet sich eine Klimaschutzagenda besonders für die typische deutsche Leidenschaft, sich reale und konstruierte Probleme der Welt auf die Schultern zu laden, um diese entweder gleich im Alleingang zu lösen oder sich zumindest als leuchtendes Vorbild feiern zu lassen. Wer sich heute noch lustig macht angesichts der Forderung der Grünen, die Zulassung von Benzin- und Dieselmotoren im Straßenverkehr ab 2030 zu verbieten, dem könnte das Lachen bald im Halse stecken bleiben. Denn erstens versammeln die grünen Parteien (CDU, SPD, Grüne und Linke) hierzulande noch immer mehr als 70 Prozent der Wähler hinter sich und zweitens ist dieser Ansatz zwingend und folgerichtig. Die Klimaziele erfordern, Kohle, Erdöl und Benzin in den kommenden zwanzig Jahren vollständig aus allen Wertschöpfungsketten zu verbannen. Denn wo immer und wie immer sie gebraucht werden, Kohlendioxid fällt als Abfallprodukt aus energetischen Gründen auf jeden Fall an. Da kann ein Verbot von Verbrennungsmotoren in Automobilen nur der Anfang sein. Eisenbahnen, Flugzeuge und Schiffe gibt es auch noch.

Bereits eingeleitet wurde eine Energiewende mit dem Zweck, Kohle und Gas aus der Stromproduktion zu entfernen. Hohe Stromkosten und sinkende Versorgungssicherheit sind gegenüber dem Weltuntergang das geringere Übel. Dann geht es der Grundstoffindustrie an den Kragen. Ohne Kohle gibt es keinen Stahl mehr, kein Glas, keinen Zement und keine Keramik und ohne Erdöl keine Kunststoffe. Letztere machen ja ohnehin nur Ärger, man denke an Plastikmüll. Wer mit Erdgas oder Öl heizt, kann schon mal anfangen, für eine neue Anlage zu sparen. Unvorstellbar? Der Staat könne doch nicht vorschreiben, welches Auto man kauft, wieviel Strom man verbraucht, welche Heizung man verwendet? Doch, kann er und wird er, solange die Deutschen nicht die Kraft aufbringen, ihn daran zu hindern. Er wird am Ende sogar die Größe des Bildschirms vorgeben, auf dem man Tichys Einblick liest und wann man ihn einschalten darf.

Die beschriebene Ökodiktatur ist längst keine Phantasie mehr. Sie wurde unter der Bezeichnung „Große Transformation“ vom „Wissenschaftlichen Beirat für globale Umweltfragen“ bereits beschrieben. Neben der Energiewende und der Förderung der Elektromobilität orientieren sich auch aktuelle Strategiepapiere der Bundesregierung an dieser Vorgabe, vom „Grünbuch Energieeffizienz“ bis hin zum „Klimaschutzplan 2050“. Deutschland könnte tatsächlich der einzige Idiot sein, der wirklich ernsthaft versucht, die Vorgaben des Weltklimavertrags zu erfüllen. Zumindest lösen wir damit ungewollt das Problem des durch Wohlstandsgefälle ausgelösten Migrationsdrucks. Von dem 2014

verstorbenen Publizisten Peter Scholl Latour ist der Satz überliefert: „Wer halb Kalkutta aufnimmt, hilft nicht etwa Kalkutta, der wird selbst Kalkutta.“ Ich möchte in Anlehnung an den CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer und ohne damit eine Geringschätzung von Senegalesen ausdrücken zu wollen, dieses Zitat ergänzen durch „Wer sich zum Senegal macht, ist für senegalesische Migranten nicht mehr attraktiv.“

Der Klimapräsident

... Ich bin zwar nicht vorschlagsberechtigt, aber auf diesem Weg möchte ich ihn trotzdem für das Amt des Staatsoberhauptes empfehlen.

Klimaschutz bedeutet, einem Problem, dessen Existenz man lediglich vermutet, mit Maßnahmen zu begegnen, die es möglicherweise nicht lösen. Maßnahmen, die am Ende viel größere Verheerungen anrichten, als es ein Klimawandel je könnte. Dieser blinde Aktionismus würde durch die Wahl Schellnhubers zum Bundespräsidenten wunderbar abgerundet.

Quellen

[1] Ruhrkultour: „**Klimawissenschaft und Klimapolitik stehen sich diametral gegenüber**“

<http://ruhrkultour.de/klimawissenschaft-und-klimapolitik-stehen-sich-diametral-gegenueber/>

[2] Achgut, Peter Heller: Ein Klimapräsident und großer Transformator für Deutschland

http://www.achgut.com/artikel/ein_klimapraesident_und_grosser_transformator_fuer_deutschland